

## Ergebniszusammenfassung Workshop: Sicherheitspartnerschaften der Zukunft

Der Workshop „Sicherheitspartnerschaften der Zukunft“ wurde von Frau Anna Rau, DEFUS e.V. moderiert. Herr Gregor Belgardt, Stabsstelle Kommunale Kriminalprävention Landeshauptstadt Stuttgart gab zu diesem Workshop einen Impulsvortrag.

### **Sicherheitspartnerschaft gestalten: Das Beispiel Stuttgart**

Die Landeshauptstadt Stuttgart pflegt seit vielen Jahren eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei. Die Stabsstelle Kommunale Kriminalprävention (KKP) wird von einem vom Polizeipräsidium Stuttgart entsendeten Polizisten geleitet. Im Gegenzug erstattet die Kommune der Polizei das Gehalt. Diese Form der personellen Sicherheitspartnerschaft birgt viele Vorteile: Neben der guten Kenntnis der jeweiligen Organisationskulturen und internen Ansprechpartnern führt diese Konstellation zu der vertrauensvollen Zusammenarbeit der „kurzen Wege“, die es für eine für beide Seiten gewinnbringende Sicherheitspartnerschaft braucht. In den kommunalen Gremien vertritt der Leiter der Stabsstelle KKP die kommunale Perspektive, kann aber zugleich Einblicke aus dem Blickwinkel der Polizei geben.

Die Teilnehmer\*innen des Workshops *Sicherheitspartnerschaften der Zukunft* diskutierten im Anschluss an die Präsentation aus Stuttgart eigene Erfahrungen und Herausforderungen in der Kooperation zwischen Polizei und Kommune.

### **Aufgabenverteilung zwischen Polizei und Kommunen neu denken**

In der Diskussion kristallisierte sich heraus, dass die **Aufgabenverteilungen zwischen Polizei und Kommunen** in jedem Bundesland sowie von Kommune zu Kommune variieren und in den meisten Fällen nicht zur Zufriedenheit beider Seiten gelöst sind. Sowohl die Vertreter der Kommunen als auch die polizeilichen Vertreter beklagten den Zuständigkeitsrückzug der jeweils anderen Seite. Aus polizeilicher Sicht haben die Kommunen jahrelang originär kommunale Aufgaben zur Gewährleistung und Aufrechterhaltung von Sauberkeit und Ordnung der Polizei überlassen, die diese nun auf Grund von andauernden personellen Engpässen nicht mehr übernehmen will. Die über dies Entwicklung nicht glücklichen Kommunen versuchen, den Rückzug der Polizei durch das Errichten bzw. Aufstocken des kommunalen Ordnungsdienstes zu kompensieren.

Eine wichtige Grundvoraussetzung für die Verbesserung der Zusammenarbeit vor Ort ist das gegenseitige Verständnis für die sich doch stark unterscheidenden Organisationskulturen von Kommunen und Polizei. Durch intensive Kommunikation sollte das gegenseitige Verständnis verbessert und idealerweise **ein gemeinsames Selbstverständnis** entwickelt werden.

Mittels einer grundsätzlichen **Überprüfung der Zuständigkeiten** und einer ehrlichen Aufgabenkritik könnten Schnittmengen analysiert werden. Dieser Prozess des „Ausmistens“ muss immer vor Ort stattfinden und kann nicht nach einem Blaupausenschema vollzogen werden. Im Anschluss sollten die **Aufgaben neu verteilt** und mit entsprechenden Ressourcen hinterlegt werden.

Im Verlauf des Workshops entwickelten die Teilnehmer\*innen die Vision eines „**Hauses der Sicherheit**“ vor Ort, in dem kompetent, gelassen und unaufgeregt zusammengearbeitet wird.

Aus dem Haus der Sicherheit heraus könnten die Alltagsaufgaben gemeinsam bewältigt werden und neben der gemeinsamen Kommunikation nach außen auch eine fachliche, professionelle Beratung der Politik zu Sicherheitsfragen gewährleistet werden.



### Sicherheitspartnerschaften brauchen klare Strukturen

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Frage, wie **Sicherheitspartnerschaften strukturiert** sein müssen, um zielorientiert und gewinnbringend arbeiten und erfolgreich mit den Bürgern kommunizieren zu können. Grundvoraussetzung für erfolgreiche Sicherheitspartnerschaften ist, dass die Professionalisierung der Zusammenarbeit zwischen Polizei, Kommune und zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie weiteren Institutionen gewollt sein und zur „**Chefsache**“ erklärt

werden muss. Denn Kommune und Polizei können mit einer gut funktionierenden Sicherheitspartnerschaft besser Themen setzen, gemeinsame Ziele entwickeln und abgestimmt kommunizieren.

Für eine gut funktionierende Sicherheitspartnerschaft braucht es ein **Lenkungsgremium**, in dem Bürgermeister und Vertreter von Polizei und Justiz regelmäßig zusammentreffen und die Sicherheitspartnerschaft steuern. Für die erfolgreiche Etablierung und Arbeit der Sicherheitspartnerschaft sind gemeinsame Ziele aller dort vertretenen Institutionen entscheidend. Wünschenswert wäre eine verbesserte Dienstleistungsorientierung für urbane Sicherheit als Grundhaltung, die dann erreicht wird, wenn die gemeinsame Verantwortung, Sicherheit zu gestalten, über Zuständigkeitsfragen gestellt wird.

Im Erfahrungsaustausch kristallisierte sich heraus, dass Sicherheitspartnerschaften am besten funktionieren, wenn es **einen zentralen Ansprechpartner** gibt, der in der Kommune verortet ist und bei dem Informationen und Anfragen zum Thema Sicherheit zusammenlaufen. Die Hauptaufgabe einer/s hauptamtlichen „Sicherheitskoordinators\*in“ ist **die vertrauensvolle Kommunikation mit allen mit Sicherheitsfragen betrauten Stellen in Polizei, Verwaltung und Zivilgesellschaft**. Als Netzwerker kann der Sicherheitskoordinator alle anfallenden Aufgaben und Anfragen an die entsprechend zuständigen Stellen weiterleiten. Die Organisation von Wissensaustausch in regelmäßig tagenden Gremien und das informelle Zusammenbringen und Vernetzen von Personen, die am selben Thema arbeiten, ist eine weitere Aufgabe. Über den zentralen Ansprechpartner kann auch die **Kommunikation mit der Öffentlichkeit und die Beteiligung von Bürgern** besser koordiniert und abgestimmt sowie aktiv gestaltet werden.

### **Fazit**

Sicherheitspartnerschaften werden von allen Teilnehmer\*innen als zielführend und wichtig erachtet. Es wurde aber auch deutlich, dass die regionalen und lokalen Gegebenheiten sehr unterschiedlich sind und es keine Blaupause geben kann. Jede Sicherheitspartnerschaft muss vor Ort ausgehandelt und auf die lokalen Gegebenheiten abgestimmt werden.

Die intensiven Diskussionen während des Workshops lassen den Rückschluss zu, dass es sowohl bei der Verteilung der Aufgaben zwischen Polizei und Kommune als auch bei der strukturellen Verankerung von Sicherheitspartnerschaften weiterhin großen Gesprächs- und Handlungsbedarf gibt. Der überregionale Austausch zwischen den Vertretern von Polizei und Kommunen sollte fortgeführt werden, da er zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses führt und neue Perspektiven ermöglicht. Zugleich zeigen die Ergebnisse des Denkprozesses, dass auch in allen Kommunen, die Diskussion der Aufgabenzuschnitte immer wieder geführt und an die aktuellen Herausforderungen angepasst werden muss.

# Strukturen der Sicherheitspartnerschaft

